



Allgemeine Geschäfts- und Lieferbedingungen

Alexander Möller Fotografie (Einzelunternehmer)

Alexander Möller
Behlenstraße 13
63741 Aschaffenburg

Nachfolgend „Auftragnehmerin“ genannt.

Und dem Kunden

Nachfolgend: „Auftraggeber“ genannt.

Stand Juli 2023



1. Geltungsbereich

- a. Die nachfolgenden Vertragsbedingungen regeln die gesamte Geschäftsbeziehung zwischen dem Auftraggeber und der Auftragnehmerin umfassend.
- b. Die nachfolgenden „Allgemeinen Liefer- und Geschäftsbedingungen“ (im folgenden AGB genannt) gelten für alle von der Auftragnehmerin durchgeführten Aufträge, Angebote, Lieferungen, Veranstaltungen und Leistungen.
- c. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich, soweit sie nicht durch ausdrückliche schriftliche Vereinbarung zwischen den Parteien abgeändert werden. Abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen erkennt die Auftragnehmerin nicht an. Dies gilt auch dann, wenn die Auftragnehmerin abweichenden Geschäftsbedingungen des Auftraggebers nicht ausdrücklich widerspricht.

2. Gegenstand des Vertrages/Vertragsschluss

- a. Der Vertrag betrifft Leistungen der Content-Produktion, die durch die Auftragnehmerin erbracht werden. Spezifische Leistungen, Leistungsbeschreibungen, Honorare und Ergebnisse sind in Angeboten, Rechnungen oder Projektskizzen festgelegt, die dem Vertrag beigelegt sind. Angebote gelten 4 Wochen, es sei denn, anders angegeben.
- b. Ein Vertrag entsteht durch eine schriftliche Auftragserteilung oder die Annahme von Material zur Veröffentlichung. Die Auftragserteilung basiert auf dem neuesten schriftlichen Angebot und ist auch ohne Unterschrift bindend, wenn sie per E-Mail erfolgt.
- c. Der Vertrag basiert auf dem Auftrag, seinen Anlagen, Leistungsbeschreibungen, dem Angebot und/oder eventuellen Briefings. Nachträgliche Briefings gelten als zusätzliche Aufträge. Bei mündlichen Briefings erstellt die Auftragnehmerin einen Kontaktbericht zur Kenntnis des Auftraggebers.

3. Leistungsumfang/Änderungsverlangen des Auftraggebers

- a. Das letzte Angebot bestimmt den Leistungsumfang. Teilleistungen und Volumenabweichungen bis zu 15% sind zulässig. Die Leistung wird standardmäßig digital bereitgestellt.
- b. Die Leistungseigenschaften aus dem Angebotsdokument sind in der Umsetzung zugesichert, jedoch mit der notwendigen gestalterischen und kreativen Freiheit, die das Medium Foto, Video und Text bei der Erstellung erfordert.



- c. Nachträgliche Änderungen des Auftraggebers sind nicht Bestandteil des ursprünglichen Vertrags und erfordern eine neue Vereinbarung. Änderungen erzeugen Mehrkosten und können Fristanpassungen erfordern. Bei Nicht-Einigung bleibt die ursprüngliche Vereinbarung gültig.
- d. Die rechtliche Prüfung der Leistungen, insbesondere im Hinblick auf Urheber-, Marken-, Kennzeichen- und Wettbewerbsrechte, ist nicht enthalten. Bei abweichenden Vereinbarungen trägt der Auftraggeber zusätzliche Kosten. Die Prüfung der Richtigkeit oder Rechtmäßigkeit von Inhalten, die vom Auftraggeber bereitgestellt oder genehmigt wurden, ist nicht verpflichtend.

4. Urheberrecht und Nutzungsrechte

- a. Alle erbrachten Leistungen unterliegen dem Urheberrechtsgesetz, unabhängig von der Schöpfungshöhe.
- b. Nutzungsrechte werden basierend auf dem Vertragszweck eingeräumt, dieser ergibt sich aus dem im Angebot, einer (Teil-)Rechnung und/oder einer Projektskizze.
- c. Der Auftraggeber erhält nur die für den Vertragszweck notwendigen Nutzungsrechte. Eine Übertragung an Dritte und Bearbeitung ist nur mit ausdrücklicher Vereinbarung gestattet, die Grundsätzlich im Angebot, einer (Teil-)Rechnung und/oder einer Projektskizze aufgeführt wird. Verstöße können Vertragsstrafen nach sich ziehen.
- d. Nutzungsrechte von Dritten werden im selben Umfang an den Auftraggeber übertragen, wie sie der Auftragnehmerin übertragen werden.
- e. „Offene“ Dateien oder Quellcodes werden nur mit ausdrücklicher Vereinbarung z.B. im Angebot, einer (Teil-)Rechnung und/oder einer Projektskizze bereitgestellt.
- f. Die Nutzungsrechte werden erst nach vollständiger Bezahlung des der Auftragnehmerin geschuldeten Honorars übertragen.
- g. Die Auftragnehmerin ist als Urheber zu nennen, sofern sie nicht darauf verzichtet. Verstöße können Vertragsstrafen nach sich ziehen.
- h. Der Auftraggeber überträgt alle für die Leistungserbringung notwendigen Nutzungsrechte an der Auftragnehmerin (z.B. für die Nutzung von Markenelementen im zu Produzierenden Video).
- i. Der Auftraggeber versichert, dass er über die nötigen Nutzungsrechte verfügt und Drittrechte nicht verletzt werden.



- j. Die Mitarbeit des Auftraggebers begründet keine Immaterialgüterrechte am Leistungsgegenstand.
- k. Abgelehnte urheberrechtsfähige Werke dürfen vom Auftraggeber nicht genutzt werden.

5. Abnahme

- a. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die von der Auftragnehmerin erbrachten Leistungen innerhalb von 14 Tagen abzunehmen, sobald die Auftragnehmerin die Fertigstellung schriftlich oder in Textform angezeigt hat und den Leistungsgegenstand übergeben hat. Erfolgt innerhalb der Frist keine Erklärung der Abnahme, gilt die Abnahme als erfolgt. Der ausdrücklichen Erklärung der Abnahme steht die durch schlüssiges Verhalten, zum Beispiel durch den Beginn der bestimmungsgemäßen Nutzung, erklärte Abnahme gleich.
- b. Unwesentliche Mängel berechtigen den Auftraggeber nicht zur Verweigerung der Abnahme. Ein unwesentlicher Mangel liegt vor, wenn die Funktion und Nutzbarkeit des Leistungsgegenstandes nach dem Vertragszweck nur unwesentlich oder gar nicht eingeschränkt ist.
- c. Nach berechtigter Verweigerung der Abnahme wird verfahren, wie unter Ziffer 5.a erläutert.
- d. Fertiggestellte Teilleistungen sind, soweit abtrennbar, jeweils nach Anzeige der Fertigstellung und Übergabe durch die Auftragnehmerin vom Auftraggeber, mithin nach Maßgabe der Ziffer 5.1 abzunehmen.

6. Korrekturstufe; Korrekturschleife

- a. Vorbehaltlich abweichender vertraglicher Vereinbarungen ist lediglich eine Korrekturstufe Vertragsbestandteil. Entsprechend hat der Auftraggeber das Recht, nach Übergabe des Leistungsgegenstandes der Auftragnehmerin innerhalb der Abnahmefrist (5.a) schriftlich mitzuteilen, inwieweit Korrekturen gewünscht sind. Im Falle eines Korrekturwunsches überarbeitet die Auftragnehmerin das Arbeitsergebnis einmal ohne gesonderte Vergütung, sofern nicht ein vom ursprünglichen Leistungsgegenstand abweichendes Änderungsverlangen entsprechend Ziffer 3.c, mithin eine Änderung des dem Auftrag zugrundeliegenden Grundkonzeptes vorliegt. Typische Korrekturen sind Farb-, Text- und Bildkorrekturen, die keine grundlegenden Veränderungen des Leistungsgegenstands hinsichtlich Story, Schnitt-Rhythmus, Veränderung der Handlung oder Stimmung, oder ähnlichem hervorrufen.
- b. Weitere Überarbeitungen sind grundsätzlich nicht im Leistungsgegenstand enthalten. Solche können nur Teil einer neuen Vereinbarung werden und sind gesondert zu vergüten.
- c. Nach Ablauf der Abnahmefrist (5.a) verfällt das Recht, die Korrekturstufe in Anspruch zu nehmen.



- d. Nach Abschluss der Korrekturstufe ist der Leistungsgegenstand gemäß dem in Ziffer 5.a genannten Verfahren vom Auftraggeber abzunehmen.
- e. Für den Fall, dass vertraglich mehrere Korrekturstufen vereinbart wurden, gilt das Verfahren entsprechend.

7. Leistungszeit

- a. Es sei denn, sie sind im Vertrag als verbindlich bezeichnet, sind Leistungstermine grundsätzlich unverbindlich. Die Auftragnehmerin bemüht sich jedoch stets, diese einzuhalten.
- b. Verzögerungen durch den Auftraggeber, höhere Gewalt, Subunternehmerverzug, Fremdleistungsverzögerungen oder Dritteinflüsse sind nicht von der Auftragnehmerin zu vertreten. Diese berechtigen sie, die Leistung um die Verzögerungsdauer plus angemessener Anlaufzeit zu verschieben. Sie wird Verzögerungen unverzüglich anzeigen. Unhaltbare Fristen aus diesen Gründen führen nicht zu Verzugsfolgen.
- c. Der Auftraggeber kann seine gesetzlichen Rechte erst nach Setzung einer angemessenen Nachfrist von mindestens zwei Wochen bei Leistungs-/Lieferverzug ausüben.
- d. Die Lieferzeiten für Leistungen betragen, wenn nicht anders vereinbart, bei Bildmaterial 2-3 Wochen, bei Videomaterial 3-4 Wochen nach Produktion.

8. Beauftragung von Subunternehmern

Die Auftragnehmerin ist berechtigt, das Werk entweder selbst zu erbringen oder es ganz oder in Teilen durch Subunternehmer, zum Beispiel Texter, Fotografen, Sprecher, Kameraleute oder Illustratoren erbringen zu lassen.

9. Fremdleistungen

- a. Beauftragt der Auftraggeber die Auftragnehmerin mit der Durchführung oder Betreuung von Leistungen, die vertraglich nicht geschuldet sind (Fremdleistungen Dritter wie z.B. Off-Sprecher:innen, Komponist:innen) oder der Erwerb von Rechten Dritter (z.B. Bildrechte, Tonrechte, etc.), werden diese Leistungen von der Auftragnehmerin nur an den Auftraggeber vermittelt. Die Kosten für diese Leistungen trägt der Auftraggeber. Die Auftragnehmerin wird dem Auftraggeber vor der Vermittlung von Fremdleistungen einen Kostenvoranschlag zur Freigabe übermitteln.
- b. Wird vom Auftraggeber die Überwachung von Fremdleistungen beauftragt, kann die Auftragnehmerin die notwendigen Entscheidungen nach freiem Ermessen treffen und entsprechende Anweisungen geben.
- c. Die Auftragnehmerin übernimmt keine Gewähr für die Verbindlichkeit eines



Kostenvoranschlags oder die Sach- und Rechtsmängelfreiheit der Fremdleistungen Dritter. Der Auftraggeber erhält das einfache Nutzungsrecht an den Fremdleistungen Dritter. Die Parteien räumen sich hiermit die für die Vertragserfüllung erforderlichen Nutzungsrechte an den Fremdleistungen ein.

10. Mitwirkungspflichten

- a. Jede Vertragspartei benennt einen bevollmächtigten Ansprechpartner für alle vertragsrelevanten Fragen. Im Angebot ist die entsprechende Person auf Auftraggeberseite festgehalten. Sofern nicht anders geregelt ist auf Seiten des Auftragnehmers diese Person entweder die verantwortliche Projektleitung oder die Geschäftsführung.
- b. Zusätzliche Aufträge, die mit der Agenturdienstleistung verbunden sind, vergibt der Auftraggeber nur in Absprache mit der verantwortlichen Person auf Seiten der Auftragnehmerin.
- c. Der Auftraggeber trägt zur Vertragserfüllung bei, indem er rechtzeitig notwendige Informationen, Materialien, Daten, Personal und digitale Formate bereitstellt.
- d. Der Auftraggeber übernimmt zusätzliche Kosten durch Mehraufwand, der durch seine unzureichende Mitwirkung verursacht wird und ist für Schäden verantwortlich, die durch die Unmöglichkeit der Leistungserbringung aufgrund seiner mangelnden Mitwirkung entstehen.

11. Vergütung

- a. Grundsätzlich regelt sich die Vergütung der Auftragnehmerin nach Maßgabe des unterbreiteten Angebots.
- b. Produktionshonorare, die im Angebot, einer (Teil-)Rechnung oder einer Projektskizze angegeben sind, gelten immer für die Umsetzung, an Wochentagen zwischen 8:00 und 22:00 Uhr.

12. Zahlungsbedingungen, -verzug und Aufrechnung

- a. Alle Preise für Auftragnehmerinnen-Leistungen sind Nettobeträge, es gilt die Kleinunternehmerregelung, daher kann keine Umsatzsteuer ausgewiesen werden. Der Gesamtbetrag ist innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum - falls nicht anders vereinbart - ohne jeden Abzug fällig.



- b. Vorbehaltlich anderweitiger vertraglicher Vereinbarung werden nach Vertragsschluss 50 % der vereinbarten Gesamtvergütung fällig. Die übrigen 50 % nach Abnahme aller geschuldeten Leistungsbestandteile.
- c. Reisekosten sind im Angebot inbegriffen.
- d. Eventuell entstehende GEMA-Gebühren, werden vom Auftraggeber getragen und beantragt. Im Falle einer anderslautenden Vereinbarung ist die Auftragnehmerin berechtigt, Vorschuss zu verlangen.
- e. Bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Zahlungstermine gerät der Auftraggeber ohne weitere Mahnung in Verzug. Während des Verzugszeitraumes hat der Auftraggeber Zinsen in Höhe von 9%-Punkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz zu zahlen. Das Recht zur Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadens bleibt davon unberührt. Bei länger andauerndem Zahlungsverzug und Verstreichen einer angemessenen Frist zur Zahlung kann die Auftragnehmerin das Vertragsverhältnis – falls noch nicht beendet- fristlos kündigen oder die weitere Erfüllung des laufenden Vertrags bis zu einer Teilzahlung zurückstellen und für die restliche Leistung Vorauszahlung verlangen.
- f. Der Auftraggeber hat das Recht, innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsschluss den Auftrag zu stornieren. In diesem Fall behält sich die Auftragnehmerin das Recht vor, 10 % des Auftragswertes in Rechnung zu stellen, soweit mit der Umsetzung des Auftrages noch nicht begonnen wurde. Andernfalls wird die erbrachte Leistung nach den gesetzlichen Regelungen und dem bis zum Zeitpunkt der Stornierung getätigten Aufwand abgerechnet.
 - i. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass die Vorproduktion umgehend nach der Beauftragung begonnen wird.
 - ii. Für Produktionen, die nicht mindestens zwei Wochen vor dem geplanten Dreh-Datum abgesagt werden, behält sich die Auftragnehmerin die Berechnung eines Ausfallhonorars von 50% vor.
 - iii. Für Produktionen, die weniger als 7 Tage vor dem geplanten Produktions-Datum abgesagt werden, behält sich die Auftragnehmerin die Berechnung eines Ausfallhonorars von 100% vor.
- g. Der Auftraggeber ist nur dann zur Aufrechnung berechtigt, wenn der Gegenanspruch anerkannt oder rechtskräftig festgestellt ist.
- h. Vorschläge, Weisungen und sonstige Mitarbeit des Auftraggebers oder seiner Mitarbeiter und Beauftragten haben keinen Einfluss auf die Höhe der Vergütung.



13. Gewährleistung

- a. Die Auftragnehmerin gewährleistet gegenüber dem Auftraggeber, dass der Leistungsgegenstand der vereinbarten Beschaffenheit und Funktionalität entspricht. Auftragnehmerin und Auftraggeber sind sich darüber einig, dass eine völlig fehlerfreie Leistung nicht möglich und nicht erforderlich ist. Einigkeit besteht zwischen Auftragnehmerin und Auftraggeber auch darüber, dass die künstlerische Gestaltungsfreiheit der Auftragnehmerin gewahrt werden muss, s. Ziffer 3.b. Entsprechend begründet es keinen wesentlichen Mangel im Rechtssinne, wenn gestalterisch künstlerische Elemente von den Vorstellungen des Auftraggebers abweichen, sofern und soweit die grundsätzlichen Leistungsanforderungen des Auftraggebers in branchenüblicher Qualität und Güte umgesetzt wurden.
- b. Die Gewährleistungsfrist beträgt 1 Jahr ab Abnahme des Leistungsgegenstandes.
- c. Alle Leistungen der Auftragnehmerin (auch Vorentwürfe, Skizzen und ähnliches) sind vom Auftraggeber nach Erhalt zu überprüfen. Der Auftraggeber hat offensichtliche Mängel unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 14 Tagen nach Abnahme des Leistungsgegenstandes schriftlich geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist können offensichtliche Mängel nicht mehr geltend gemacht werden. Entdeckt der Auftraggeber nach Abnahme Mängel, die bei Abnahme vorhanden, aber nicht offensichtlich waren, so hat der Auftraggeber diese der Auftragnehmerin unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Entdeckung mitzuteilen. Die Mängelanzeige ist schriftlich einzureichen und mit einer qualifizierten Fehlerbeschreibung zu versehen, die der Auftragnehmerin eine Nachvollziehbarkeit des gerügten Mangels ermöglicht. Erfolgt die Anzeige nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß, gilt der Leistungsgegenstand in Bezug auf diesen Mangel als genehmigt. Die Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen ist sodann insoweit ausgeschlossen. Soweit es möglich und im Hinblick auf die Auswirkungen des Mangels dem Auftraggeber zumutbar ist, ist die Auftragnehmerin berechtigt, bis zur endgültigen Behebung eine Zwischenlösung zur Umgehung des Mangels bereitzustellen.
- d. Nimmt der Auftraggeber selbstständig Veränderungen am Leistungsgegenstand vor oder lässt solche Veränderungen von Dritten vornehmen, insbesondere Veränderungen des Quellcodes, oder verwendet der Auftraggeber nicht von der Auftragnehmerin freigegebene Hard- und Software im Zusammenhang mit dem Leistungsgegenstand, entfällt das Recht auf Gewährleistung, sofern der Auftraggeber nicht nachweist, dass der Mangel nicht auf den beschriebenen Handlungen beruht.

14. Haftung

- a. Die Auftragnehmerin haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen für vorsätzlich oder fahrlässig verursachte Schäden und für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit sowie bei Verletzung einer Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertragsverhältnisses überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen darf (sogenannte Kardinalpflicht). Soweit der Auftraggeber Schadensersatzansprüche geltend macht, die nicht auf einer grob fahrlässigen



Vertragsverletzung der Auftragnehmerin beruhen, ist die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt. Im Übrigen ist eine Schadensersatzhaftung für Schäden aller Art, gleich aufgrund welcher Anspruchsgrundlage, einschließlich der Haftung für Verschulden bei Vertragsschluss ausgeschlossen. Soweit die Schadensersatzhaftung der Auftragnehmerin ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf die persönliche Schadensersatzhaftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.

- b. Für Aufträge, die im Namen und auf Rechnung des Auftraggebers an Dritte erteilt werden (Fremdleistungen Dritter), übernimmt die Auftragnehmerin gegenüber dem Auftraggeber keinerlei Haftung.
- c. Der Auftraggeber haftet allein für die von ihm beigebrachten Inhalte der Leistung und stellt sicher, dass darin weder Rechte Dritter (Marken-, Namen-, Urheber-, Datenschutz-, Persönlichkeitsrechte, Rechte am eigenen Bild, etc.) verletzt werden, noch gegen bestehende Gesetze sowie allgemein gültige Rechtsnormen verstoßen wird. Die Auftragnehmerin haftet nicht für die Richtigkeit von Sachaussagen über Produkte und Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber steht dafür ein, dass die der Auftragnehmerin zur Verfügung gestellten Leistungsgegenstände frei von Schutzrechten oder sonstigen Rechten Dritter sind, welche die Durchführung des Vertrages einschränken oder ausschließen könnten.
- d. Jegliche Haftung der Auftragnehmerin für Ansprüche, die auf Grund der vertragsgemäßen Leistung von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden, ist ausgeschlossen. Für den Fall, dass wegen der vertragsgemäßen Durchführung der Leistung die Auftragnehmerin selbst von Dritten in Anspruch genommen wird, hält der Auftraggeber die Auftragnehmerin schad- und klaglos. Der Auftraggeber hat der Auftragnehmerin finanzielle und sonstige Nachteile (immaterielle Schäden) hieraus zu ersetzen.

15. Referenznennung

- a. Die Auftragnehmerin hat das Recht, auf den Vervielfältigungsstücken oder in Veröffentlichungen (z. B. Impressum der Webseite) in geeigneter Form als Urheber/Leistungserbringer genannt zu werden. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, Muster und sämtliche in Erfüllung des Vertrages entstehenden Arbeiten zum Zwecke der Eigenwerbung in sämtlichen Medien zu verwenden und im Übrigen auf das Tätigwerden für den Auftraggeber hinzuweisen.
- b. Die Auftragnehmerin ist zu den in 16.a genannten Werbezwecken berechtigt, das Logo des Auftraggebers zur Referenznennung auf seiner Webseite und in eigenen Unterlagen zu verwenden.

16. Vertraulichkeit



- a. Die Vertragsparteien vereinbaren Vertraulichkeit über Inhalt und Konditionsgefüge des jeweiligen Vertrages, bei dessen Abwicklung gewonnenen Erkenntnisse über den Geschäftsbetrieb des Vertragspartners und nicht allgemein bekannten Unterlagen und Informationen. Diese Verpflichtung gilt auch für Mitarbeiter, Hilfspersonen und Subunternehmer beider Vertragsparteien. Die Vertraulichkeit gilt auch über die Beendigung des Vertragsverhältnisses hinaus.

17. Aufbewahrung, Sicherheit und Versand

- a. Der Auftraggeber stellt die Auftragnehmerin von einer Aufbewahrungspflicht der erstellten Leistungen nach der Übergabe frei. Das gilt auch für überlassene Datenträger, Vorlagen und sonstiges Material, das innerhalb eines Monats nach Erbringung der Leistung vom Auftraggeber nicht abgefordert wird.
- b. In Bezug auf Informationen, Daten und Objekte, die während der Auftragsabwicklung vom Auftraggeber an die Auftragnehmerin oder von der Auftragnehmerin an den Auftraggeber – gleich in welcher Form – übermittelt werden, sagen die Parteien sich gegenseitig zu, die geeigneten technischen oder organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die verhältnismäßige Sicherheit der Übermittlung zu gewährleisten.
- c. Werden Werke auf Wunsch des Auftraggebers an einen anderen Ort oder innerhalb des Erfüllungsorts versandt, so geht die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung mit der Übergabe an den Transporteur, Zusteller oder Boten auf den Auftraggeber über.
- d. Soweit Kosten für Verpackung und Versandvorbereitung entstehen, sind diese vom Auftraggeber zu tragen.

18. Datenschutz

Im Rahmen des Vertragsverhältnisses anfallende und für die Durchführung des Vertrages erforderliche personenbezogene Daten des Auftraggebers werden insoweit bei der Auftragnehmerin im Sinne des Datenschutzgesetzes gespeichert und verarbeitet. Soweit dies zur Durchführung des Vertrages erforderlich ist, werden die Daten auch an dritte Unternehmen, die von der Auftragnehmerin in zulässiger Weise mit der Durchführung des Vertrages oder von Teilen davon betraut sind, übermittelt.

Die Parteien versichern einander, über den Vertragspartner, seine Mitarbeiter oder Kunden erlangte personenbezogene Daten ausschließlich zur Erfüllung des Vertragszwecks zu speichern und zu verarbeiten und sich im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten stets an die gesetzlichen Datenschutzvorschriften zu halten.



Entsprechendes versichern die Parteien einander in Bezug auf im Rahmen des Vertragsverhältnisses bekannt gewordene personenbezogene und durch Dritte im Auftrag verarbeitete Daten, sog. Auftragsdatenverarbeitung.

Die Parteien versichern, ihre jeweiligen Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen gem. § 5 BDSG auf Geheimhaltung und Verschwiegenheit im Rahmen des Vertragsverhältnisses bekannt gewordener personenbezogener Daten verpflichtet zu haben.

20. Schlussbestimmungen

- a. Als Erfüllungsort und Gerichtsstand wird Aschaffenburg vereinbart.
- b. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- c. Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Vorbehaltlich anderweitiger vertraglicher Regelungen genügt auch die Textform (E-Mail) dem Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht und sind grundsätzlich unverbindlich und im Zweifel unwirksam. Zur Änderung der Schriftformklausel ist die Schriftform notwendig.